

Sitzung der Vollversammlung
der IHK für München und Oberbayern
am Mittwoch, 27. März 2019, 14:30 - 18:00 Uhr,
IHK Akademie, Akademiesaal A401, Orleansstraße 10-12, 81667 München
TOP 4.4 IHK-/BIHK-Klimaposition

IHK-Position: Klimaschutz mit der bayerischen Wirtschaft

1. Einführung

Die HGFs der bayerischen IHKs haben die Erstellung eines umfassenden Positionspapiers zur Klimapolitik beauftragt. Zwischen Mai und November 2018 wurde in einem breiten partizipativen Prozess eine gemeinsame bayerische Klimaposition erarbeitet. Dabei wurden die Fachreferenten sowie relevante Ausschüsse (u.a. Umwelt- und Energie, Industrie und Innovation sowie Verkehr der IHK München) einbezogen.

Das Papier befasst sich mit aktuellen klimapolitischen Themen auf EU-, Bundes- und Landesebene. Dazu zählen die Weiterentwicklung des Europäischen Emissionshandelssystems, das von der Bundesregierung geplante Klimaschutzgesetz und die Entwicklung und Anwendung von Klimaschutztechnologien am Standort.

Das Präsidium der IHK München hat am 20. Februar 2019 der Vollversammlung den Beschluss des Papiers empfohlen. Nach Verabschiedung in den Präsidien und Vollversammlungen aller bayerischen IHKs wird der Text als BIHK-Position veröffentlicht. Das Umweltministerium lädt am 29. März zu einem Fachgespräch zum Klimaschutzgesetz. Der Beschluss am 27. März ist daher eine zeitliche Punktlandung.

2. Auswirkungen für die IHK-zugehörige Wirtschaft Gründe für das Engagement der IHK

Der bayerischen Wirtschaft ist es ein Anliegen, zur wirksamen Bekämpfung des weltweiten Klimawandels beizutragen. Gleichzeitig haben Entwicklungen in der Klimapolitik Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der Betriebe in Bayern. So kann effizienter Klimaschutz nur dann funktionieren, wenn sich regionale und nationale Ziele mit europäischen und internationalen Vereinbarungen im Einklang befinden. Davon hängt der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft ab, genauso wie die Wirksamkeit der Klimaschutzmaßnahmen selbst.

Bayerns Unternehmen sind auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Politisch eingeleitete Maßnahmen zum Klimaschutz, wie z.B. die Weiterentwicklung des Europäischen Emissionshandelssystems oder der nationale Kern- und Kohleausstieg, müssen daher so gestaltet sein, dass negative Auswirkungen wie Strompreissteigerungen oder Versorgungslücken kompensiert werden können.

Auch bietet der globale Klimaschutz Chancen für die heimische Wirtschaft. So ergeben sich zunehmend Wertschöpfungs- und Exportpotentiale im Bereich bestehender und neuer Klimaschutztechnologien für die bayerische Umweltwirtschaft. Die Entwicklung und Etablierung Bayerns als Leitmarkt sollte politisch verfolgt werden.

3. Bewertung im Sinne der Gesamtinteressenvertretung (ggf. Abwägung unterschiedlicher Positionen)

Hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels sowie der klimapolitischen Maßnahmen gibt es in der Wirtschaft eine stark unterschiedliche Betroffenheit. Sektoren, in denen der Klimaschutz zu Wachstum und Arbeitsplätzen führt oder in denen die Folgen des Klimawandels besonders zum Tragen kommen, sehen den wachsenden Einfluss der Klimapolitik naturgemäß positiver, als z.B. energieintensive Betriebe, die in besonderem Maße von wachsenden Vorgaben, Energiekosten und -umlagen betroffen sind.

In Abwägung der verschiedenen Interessen setzt sich die IHK dafür ein, dass die wirtschaftlichen Potentiale notwendiger Klimaschutzmaßnahmen gehoben, marktba- sierte Anpassungsstrategien an den Klimawandel entwickelt und Preis- sowie Ver- sorgungseffekte klimapolitischer Maßnahmen bedacht und ggf. kompensiert werden.

4. Beschlussempfehlung/Beschluss

Die Vollversammlung beschließt die IHK-Klimaposition in Form des vorliegenden Positionspapiers „IHK-Position: Klimaschutz mit der bayerischen Wirtschaft“.

15.03.19

gj